

# Das Rezept ist fertig

**GRUNDRENTE** Nach zähem Ringen hat sich die Koalition auf eine Mindestrente für Geringverdiener verständigt. Bis zu 1,5 Millionen Menschen sollen davon profitieren

Der Praxistest könnte noch interessant werden. Was Anfang vergangener Woche aus dem Munde der Koalitionsspitzen so einfach klang, bekam schon zwei Tage später von den Praktikern der Rentenversicherung einen recht deutlichen Dämpfer. Durch einen Datenaustausch zwischen den Finanzämtern und der Rentenversicherung sollen nach den Plänen von CDU/CSU und SPD die Ansprüche von Rentnern auf die neue Grundrente geprüft werden. Und da die Grundrente für Geringverdiener schon ab 2021 ausbezahlt werden soll und getübte Beobachter wissen, wie mittelmäßig deutsche Behörden mitunter ihre Daten untereinander austauschen, sind die Zweifel durchaus nachvollziehbar.

Zwei Tage nachdem die Koalition ihren monatelangen Streit über die Grundrente beigelegt und in ein Konzept gegossen hatte, warnte nämlich die Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung, Gundula Roßbach, vor erheblichen Problemen bei der Umsetzung der Grundrente. Schon die Ermittlung, wer von den 21 Millionen Rentnern die nötigen 35 Beitragsjahre aufweist, sei „alles andere als trivial“, denn möglicherweise gebe es gar nicht von allen die nötigen Daten. Werde der elektronische Datenaustausch mit den Finanzbehörden nicht rechtzeitig realisiert, benötige die Rentenversicherung mehrere tausend zusätzliche Mitarbeiter, warnte Roßbach.

Ein Worst-Case-Szenario, das die Freudenstimmung innerhalb der Koalition etwas eintrüben dürfte.

**Einkommen statt Vermögen** Dabei hatte die Woche so gut angefangen: Noch Anfang des Jahres drohte die Koalition an der Frage der Bedürftigkeitsprüfung bei der Grundrente zu scheitern. Nun starteten die erleichterten Koalitionäre mit einem Kompromiss in die vergangene Woche, der Folgendes vorsieht: Eine Bedürftigkeitsprüfung, bei der die Rentner ihr gesamtes Vermögen offenlegen müssen, soll es nun nicht mehr geben. Dies hatte die Union gefordert, mit dem Argument, andernfalls bekämen zu viele nicht bedürftige Menschen die Grundrente – Stichwort: Zahnarztgattin. Stattdessen gibt es nun lediglich eine automatische Einkommensprüfung durch die Rentenversicherung. Das bedeutet: Hat man 35 Jahre Beiträge (inklusive Kindererziehungs- oder Pflegezeiten) in die Rentenkasse eingezahlt, prüft die Rentenversicherung automatisch, ob ein Anspruch besteht. Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) hatte vergangene Woche aber auch angekündigt, dass es eine „kurze, wirksame Gleitzone“ für die Beitragsjahre geben soll, um zu verhindern, dass jemand mit etwas weniger als 35 Beitragsjahren leer ausgeht. Anspruch auf Grundrente besteht darüber hinaus nur, wenn das Einkommen nicht mehr als 1.250 Euro (Paare: 1.950 Euro) beträgt. Auch hier soll es aber Gleitzonen geben, die Details sind noch unklar. Hat man diese Bedingungen erfüllt, berechnet die Rentenversicherung die Entgeltpunkte: Wer genauso viel verdient wie der Durchschnittsverdiener (2018 waren das monatlich 3.156 Euro im Westen Deutschlands), der sammelt dafür pro Jahr einen Entgeltpunkt. Verdient man 80 Prozent des Durchschnittseinkommens, sind es 0,8 Entgeltpunkte pro Jahr, bei 30 Prozent nur 0,3 Entgeltpunkte. Bekommen soll die Grundrente, wer weniger als 80 Prozent, aber mehr als 30 Prozent der Beiträge des Durchschnittsverdieners eingezahlt hat. Die erreichte Rentenleistung wird verdoppelt, jedoch höchstens auf 80 Prozent der Durchschnittsleistung und für maximal 35 Jahre. Dieser Zuschlag wird dann allerdings um 12,5 Prozent gekürzt, um das Äquivalenzprinzip – die Abhängigkeit der Renten von den Beiträgen – nicht ganz aufzugeben. Auch diese Verdopplung der Rentenleistung kann aber unter Umständen nicht ausreichen, um mit der Grundrente über

der Grundsicherung im Alter zu liegen. Für diesen Fall soll es einen Freibetrag geben, bis zu dem die eigene Rente nicht mit der Grundsicherung verrechnet wird. Auch beim Wohngeld wird ein anrechnungsfreier Freibetrag eingeführt. Damit soll sichergestellt werden, dass auch diese Rentner letztlich ein Einkommen zehnteil überhalb der Grundsicherung haben.

**„Die Grundrente sorgt für mehr Leistungsgerechtigkeit und Sicherheit.“**

Hubertus Heil (SPD), Arbeitsminister



Mit einer Rente nach Mindestentgeltpunkten wurden geringe Renten schon einmal hochgewertet, sie galt jedoch nur für Einkommen bis 1992.

© picture-alliance/imageBROKER

Grundrente stärkt die Akzeptanz der Rentenversicherung.“ Ungewohnt ruhig ging es hingegen in der SPD zu, auch wenn deren linker Flügel zu viele Zugeständnisse an die Union kritisierte. „Die Grundrente sorgt für mehr Leistungsgerechtigkeit und mehr Sicherheit im Alter“, zeigte sich hingegen Hubertus Heil überzeugt. Kritik kam von den Liberalen. Johannes Vogel, Rentenexperte der FDP-Fraktion, sagte, ohne echte Bedürftigkeitsprüfung entstünden neue Ungerechtigkeiten. AfD-Chef Jörg Meuthen bezeichnete die Grund-

rente als „Sozialdemagogie auf Kosten der Jüngeren“. Den Linken geht das Konzept nicht weit genug. Matthias W. Birkwald, Rentenexperte der Fraktion, sagte, um Altersarmut zu bekämpfen, müsse das Rentenniveau für alle steigen und alle Menschen mit Erwerbseinkommen müssten in die Rentenversicherung einzahlen. Wie die Linken kritisierten auch die Grünen die Zugangshürden als zu hoch. Markus Kurth, Rentenfachmann der Grünen-Fraktion, warb für die „Grüne Garantie-Rente“, für die 30 Beitragsjahre ausreichen. Eine vernünftige Grundrente müsse sich daran messen, wie effektiv sie Altersarmut verhindern, so Kurth.

Zweifel hat auch die Bertelsmann-Stiftung. Sie warnte erst im September davor, dass die Armutsgefährdung im Alter in den nächsten 20 Jahren von knapp 17 auf 21 Prozent steigen werde, im Osten verdopple sie sich sogar. Das Konzept der Koalition könne den Anstieg der Altersarmut kaum bremsen und verringere das Armutsrisiko bis 2039 nur um 0,4 Prozentpunkte, kritisierte Christof Schiller von der Stiftung. Die Diskussion um eine armutsfeste Mindestrente, die die damalige Arbeitsministerin Ursula von Leyen (CDU) mit ihrem Konzept einer „Lebensleistungsrente“ 2012 angestoßen hatte und mit dem sie sich doch nicht durchsetzen konnte – sie ist noch lange nicht zu Ende. Aber sie machte vor einer Woche nach Jahren immerhin einen „ersten Schritt“.

Claudia Heine

## STICHWORT

### Armut und Altersarmut

**> Armutschwelle** Wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt, gilt als arm. In Deutschland lag die Grenze für einen Einpersonenhaushalt laut letztem Armutsbericht der Regierung bei 917 Euro.

**> Grundsicherung** Rund 560.000 Menschen jenseits der 65 beziehen Grundsicherung im Alter – das sind 150.000 mehr als vor zehn Jahren.

**> Verschuldung** Laut aktuellem Schuldneratlas stieg die Zahl überschuldeter Menschen jenseits der 70 innerhalb des vergangenen Jahres um 45 Prozent.

## »Die Grundrente ist ein Meilenstein«

**INTERVIEW** Frauen stecken oft in Beschäftigungsverhältnissen fest, die ihnen gar nicht die Chance auf eine auskömmliche Rente bieten, sagt die Autorin Kristina Vaillant

**Frau Vaillant, Sie haben sich ausführlich mit der Lage von Frauen auf dem Arbeitsmarkt befasst: Was ist der Hauptgrund für deren Armut im Alter?**

Der Hauptgrund ist, dass sie am Arbeitsmarkt weniger erfolgreich sind als Männer. Zum einen leisten sie doppelt so viel Haus- und Sorgearbeit wie Männer und arbeiten oft in Teilzeit – noch dazu in Branchen, wo die Gehälter niedriger sind. Frauen verdienen im Durchschnitt 20 Prozent weniger als Männer. All das schlägt sich voll in der Rente nieder.

**das könne für bisher nicht berufstätige Frauen ein Sprungbrett sein. War es das nicht?**

Das, was ursprünglich als Notlösung gedacht war, hat sich mittlerweile zu einer regulären Form der Arbeit entwickelt, vor allem für Frauen. Sie erledigen mehr als 60 Prozent der knapp acht Millionen Minijobs. Drei Millionen Frauen arbeiten ausschließlich im Minijob. Aber Minijobs bieten keine berufliche Perspektive und keine Sicherheit. Frauen mit atypischen Jobs wie diesen, meist in der Dienstleistungsbranche, haben keine Lobby und auch keine gute gewerkschaftliche Vertretung. Lange hieß es, Frauen im Minijob hätten doch einen Ehemann, der sie mitversorgt. Das Argument hört man inzwischen nicht mehr.

**Zwischenzeitlich wurde auch noch die „Mütterrente“ eingeführt.**

Sie bietet eine gewisse Kompensation. Wir haben aber das grundsätzliche Problem, dass niedrige Renten nicht hochgewertet werden. Dabei gab es in Deutschland schon einmal eine Rente nach Mindestentgeltpunkten, die genau dies gemacht hat. Sämtliche Länder der Europäischen Union haben längst solche Regelungen eingeführt. Nirgendwo wird bei niedrigen Renten das Äquivalenzprinzip, also das Prin-

zip, dass sich die Rente nach den eingezahlten Beiträgen richtet, so rigoros angewendet wie in Deutschland. Die Grundrente ist hier endlich ein Schritt in die richtige Richtung.

**Sie kritisieren die Regeln des Rentensystems als gnadenlos. Warum?**

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist gespalten: Es gibt entweder gut bezahlte Vollzeitstellen oder relativ schlecht bezahlte Teilzeitstellen, die oft befristet sind und keine Aufstiegschancen bieten. Und all die-

se Menschen, es sind überwiegend Frauen, haben überhaupt keine Chance, sich in dem bestehenden Rentensystem eine gute Rente zu erarbeiten. Das ist gnadenlos.

**Für Ihre Recherchen haben Sie viele Frauen getroffen, denen Altersarmut droht oder die schon davon betroffen sind. Waren das vor allem Frauen, die lange aus dem Beruf ausgestiegen sind?**

Es ist ein Trugschluss zu meinen, es betraf nur jene, die wegen der Kinder zehn Jahre beruflich pausiert haben. Ich habe viele Frauen getroffen, die 30 oder 40 Jahre gearbeitet haben, immer finanziell eigenständig waren. Für sie ist es besonders bitter, im Alter zu merken, sie können nicht mehr für sich selbst sorgen. Sie sind zu Recht wütend, dass die Politik sich dieser Frage bisher so zögerlich angenommen hat.

**Es gibt in vielen europäischen Ländern Modelle einer Grundrente. Welches könnte Ihrer Ansicht nach als Vorbild dienen?**

Ein gutes Beispiel sind die Niederlande. Dort gibt es ein dreigliedriges Modell, wie übrigens in vielen anderen Ländern auch. Die erste Säule ist eine Art Grundrente, auf die erstmal jeder Anspruch hat und für die es auch keine Bedürftigkeitsprüfung gibt. Allerdings ist sie an die Zahl der Jahre ge-

knüpft, die man im Land gelebt hat. Die zweite Säule ist ein beitragsbasiertes System, ähnlich dem unsrigen. Die dritte Säule ist die Betriebsrente, die in den Niederlanden mehr als 90 Prozent der Arbeitnehmer haben. Bei uns sind es weniger als 60 Prozent, wobei sehr viele Frauen keine Betriebsrente haben. Ein dreigliedriges Rentensystem wie das niederländische verbindet das Solidaritätsprinzip mit dem Leistungsprinzip. In Deutschland dominiert bisher letzteres und lässt dadurch eben viele zurück.

**Die Große Koalition hat nach langer Diskussion die Grundrente für Geringverdiener beschlossen. Ist die Bedingung von 35 Beitragsjahren angemessen?**

Grundsätzlich ist das ein echter Meilenstein. Aber es kann nur der Anfang sein, weitere Schritte müssen folgen. Zum einen halte ich die Beitragsjahre für sehr hoch angesetzt. Heutige Rentnerinnen kommen durchschnittlich gerade mal auf 28 Beitragsjahre. 20 oder 25 Beitragsjahre fände ich deshalb angemessener, schließlich bietet die Grundrente nur ein Existenzminimum.

**Wird die Grundrente das Problem der Altersarmut mindern?**

Die Grundrente ist ein Einstieg in ein an-



Kristina Vaillant

**Deutschland hat mit knapp 76 Prozent eine der höchsten Frauenerwerbsquoten in Europa.**

Ja, in der Generation der Babyboomer sind es sogar 80 Prozent. Aber auf der anderen Seite hat sich das Volumen der geleisteten Arbeitsstunden seit 1990 kaum verändert. Es gibt also gar nicht mehr zu verteilen. Die vielen Millionen Arbeitnehmer, die in den vergangenen 25 Jahren dazugekommen sind, waren fast alles Frauen auf Teilzeitstellen – mit 20 Stunden oder weniger pro Woche. Dabei suchen viele Frauen eine 30-Stunden-Stelle, aber diese Jobs sind oft gar nicht zu haben.

**Als die Minijobs zu Beginn der 2000er Jahre eingeführt wurden, hieß es,**

Das Interview führte Claudia Heine.

Kristina Vaillant ist Wissenschaftsjournalistin und Autorin mehrerer Bücher zum Thema Rentenpolitik, unter anderem: „Die verratenen Mütter“.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

